Wir Ostpreußen

Verlagspostamt Leer (Ostfriesl.) • Einzelpreis 35 Pf. • Im Abonnement 81 Pf. einschließlich Zustellgebühr

Folge 10 | Hamburg, 22. Mai 1950 / Verlagsort Leer (Ostfriesl.) | Jahrgang 2

Den ostdeutschen Bauer nicht verkommen lassen

Ernährungsleistung und Nahrungsraum / Von Prof. Dr. Ipsen, Innsbruck

Die ostdeutsche Frage stellt sich den verschiedenen Beteiligten ebenso verschieden dar. Dem Vertriebenen ist sie zuerst eine Frage seines Heimatrechts, dem Europäer eine solche seiner Grenze; dem deutschen Volke insgesamt ist sie zuerst die Frage seiner Nahrung. Nicht als ob sie sich darin erschöpfte — bei weitem nicht. Denn was den Ostdeutschen durch die Verletzung ihres Heimatrechtes angetan, ist uns allen angetan; darum obliegt, das Heimatrecht zu wahren, auch jedermann. Und weil das deutsche Volk seit eh und je der europäischen Gesittung zugehört, ist die Frage der europäischen Grenze auch seine Frage; dies umsomehr, als sie hier einen Abschnitt betrifft, der zunächst den Deutschen anvertraut war und ist.

Auch sind weitere Fragen des deutschen Schicksals insgesamt mit der ostdeutschen Frage unlösbar verknüpft. Sie rühren einerseits von der Bedeutung her, die der Volkskraft und Volksart des Nordostens im Reich seit seiner Gründung zukam. Zum andern von der Gefährdung des Restes durch das Flüchtlingselend.

Aber dies wie jenes tritt in die zweite Reihe der Vordringlichkeit zurück im Vergleich zur Frage unseres Nahrungsstandes. Sie gilt es, uns zu verdeutlichen.

Deutschland hat sich bisher trotz aller industriellen Entwicklung annähernd selbst ernährt. Die Decke war knapp, aber sie reichte zur Not. Steigende Erträge der Landwirtschaft hielten mit der Verbesserung der Volksernährung und dem Zuwachs der Bevölkerung Schritt, so daß die Deckung des Bedarfs aus eigener Erzeugung im letzten Menschenalter gleichbleibend rund fünf Sechstel betrug. Das heißt, daß von je sechs Deutschen fünf aus eigenem Nutzland ernährt wurden. Diese Ernährung war reichlich und hochwertig, so daß im Durchschnitt je Kopf und Tag 3080 Kalorien zur Verfügung standen. Beschränkte man sich auf den Potsdamer Satz, der mit 2800 Kalorien durchaus ausreichend wäre, war der halbe Fehlbetrag schon eingespart. Was dann noch fehlte, rührte im wesentlichen daher, daß Deutschland nach dem ersten Weltkriege im Osten fast 51 000 Quadratkilometer Landes hatte abtreten müssen, die den achten Teil des deutschen Nutzlandes enthielten und außer ihrer Selbsternährung Ueberschüsse für einige Millionen Menschen hervorgebracht hatten.

Man durfte daher hoffen, Notzeiten bei einiger Bescheidung zu bestehen, wenn nur die Erträge auf vollem Stand gehalten wurden. Freilich war die Lage angespannt und gefährdet. Darum auch trafen die Regelungen von Versailles so schwer, weil sie die kritische Grenze überschritten. Doch ist es dann nach Jahren äußerster Anspannung noch einmal gelungen, den Verlust einigermaßen auszugleichen.

Wenn auf dem verkleinerten Raum innerhalb der Versailler Grenzen von 470 000 Quadratkilometer vor dem zweiten Weltkriege 57,5 Millionen Menschen anspruchsvoll ernährt wurden, dann ist darin eine Spitzenleistung der Landwirtschaft beschlossen, die nicht hinreichend gewußt und gewürdigt wird. Man erkennt sie, wenn man nach dem Raumbedarf der Landwirtschaft zur Ernährung von 100 Menschen fragt. Da die verschiedenen Weisen der Nutzung als Gartenland, als Acker, als Grünland in ihrem Ertrag zur menschlichen Ernährung verschiedenwertig sind, ist es für diesen Zweck erwünscht, diese Flächen auf einen Nenner zu bringen. Das geschieht im Begriff des bereinigten Nutzlandes, der die Unterschiede durch gewogene Werte gleichsam in Ackereinheiten ausdrückt. Als Nahrungsraum wird dann das in diesem Sinne bereinigte Nutzland bezeichnet, das je 100 Einwohner entweder zur Verfügung steht oder dessen eine Landwirtschaft bestimmter Verfassung bedarf, um 100 Einwohner nach den bestehenden Ernährungsgewohnheiten voll zu ernähren. Der Bedarf bereinigtem Nutzland (wenn man will: in Ackerwerten) betrug in Deutschland vor dem zweiten Weltkrieg knapp 40 Hektar. Das ist ein Wert, der von wesentlich sich selbst versorgenden Völkern nur noch in Italien annähernd erreicht wurde. Doch kommt diesem der bescheidenere Anspruch und die Gunst des Klimas zugute; auch ist sein Einsatz an menschlicher Arbeitskraft zu diesem Erfolg erheblich höher. Dagegen brauchte man in Frankreich zum Beispiel 76, in Großbritannien 84 Hektar bereinigten Nutzlands, um 100 Menschen zu ernähren, das ist rund der doppelte Raumbedarf. Auch die mechanische Landwirtschaft der Sowjetunion braucht etwa 80 Hektar angebauten Landes zu diesem Erfolg, das weiße Farmertum in Uebersee allgemein über 100 Hektar bereinigter Nutzfläche. Diese Zahlen sind eindrucksvoll. Sie besagen, daß die deutsche Landwirtschaft unübertroffen war in der Ernährung eines Industrievolks auf engstem Raum. Hinsichtlich der Ueberschüsse kommt das angelsächsische Farmertum etwa gleich; doch war sein Raumbedarf ein mehrfacher. Gewiß darf man sagen, daß eben die Aufgaben hier wie dort verschieden gestellt waren; darum sind auch die Lösungen verschieden. Aber daß in Deutschland diese



Die Ostdeutsche Heimatwoche — Foto: Schmidt-Luchs

fand vom 13.—21. Mai in Hamburg statt. An der Großkundgebung am 14. Mai in Planten un Blomen, von der diese Aufnahme einen Ausschnitt zeigt, nahmen etwa 80 000 Menschen teil.

Spitzenleistung der Raumbescheidung vollbracht wurde, ist angesichts der Enge Europas eine deutsche Vorleistung von europäischer Bedeutung.

Daran hatte der deutsche Nordosten durchaus teil. Denn der Eindruck der Weiträumigkeit im Vergleich zum Südwesten hatte nur soweit recht, daß die Siedlungsdichte insgesamt geringer war und daß die Güter und Höfe durchschnittlich größer waren als dort. Hinsichtlich der Ernährungsleistung aber bestand kein wesentlicher Unterschied; und wenn, fiel er zu Gunsten des Nordostens aus, denn hier kam man mit 38 Hektar bereinigten Nutzlandes zur Ernährung von 100 Menschen aus. Die Vorbelastung des Nordostens durch Ungunst des Klimas und den hohen Anteil geringer Böden glichen zusätzliche Leistungen aus: der rationellere Betrieb, die Mehrleistung je Arbeitskraft, die vorwiegend pflanzliche Kost. Vergröbernd mag man sich die Ernährungsleistung des Nordostens in folgendem Verhältnis verdeutlichen: die landwirtschaftliche Bevölkerung — das sind die Erwerbstätigen der Land- und Forstwirtschaft und ihre Angehörigen — machte knapp ein Drittel der Einwohner aus; dies schwache Drittel nährte die übrigen zwei Drittel in Stadt und Land, und noch einmal so viel in den Industriegebieten des Westens. Damit erreichten die Ueberschüsse über die landwirtschaftliche Selbstversorgung vier Fünftel des Ertrags, denselben Wert wie in den führenden Industriegebieten der westlichen Welt. Die Eigenart bestand nur darin, daß die Hälfte der Ueberschüsse nicht im Nordosten verbraucht wurde, sondern außerhalb.

Die deutschen Nordostgebiete in den Grenzen von 1937 jenseits der Oder-Neiße-Linie ernährten auf einem Viertel des deutschen Nutzlandes friedensmäßig etwa 15,7 Millionen Menschen. Das ist ihre gesamte Einwohnerzahl von reichlich neuneinhalb Millionen und dazu wenigstens sechs weitere Millionen in den westlichen Gebieten des Reiches. Der Fortfall dieser Gebiete als Nahrungsraum, die Aufnahme der Masse seiner verdrängten Einwohner im restlichen Deutschland hat hier einen zusätzlichen Fehlbetrag in eben dieser Größenordnung geschaffen. Und nun, da der kritische Grenzbereich der Selbstversorgung plötzlich verlassen ist, wirkt sich auch das frühere Fehl erst mit ganzer Schwere aus: von den 70 Millionen Einwohnern, die sich heute im restlichen Deutschland zusammendrängen, sind unter Friedensverhältnissen 27,5 Millionen aus eigenem Boden nicht ernährbar. Mit anderen Worten: nur drei von je fünf Menschen, die hier leben, können westlich der Oder-Neiße-Linie aus eigener Kraft ernährt werden; die anderen zwei sind auf Zufuhr von außen angewiesen, die sie durch die Verwertung ihrer Arbeitsleistung im Ausland erst erwerben müssen. Dabei ist schon vorausgesetzt, daß nicht nur Westdeutschland, sondern auch die Russenzone den landwirtschaftlichen Ertrag vor dem zweiten Weltkrieg wieder erreicht haben. Jedermann weiß, wie weit wir noch davon entfernt sind. Gesetzt aber, wir wären soweit, dann bleiben immer noch zwei Fünftel der Deutschen als „zuviel" übrig. Das ist die Lage, die wir sehen müssen. Sie rührt entscheidend von dem Verlust der Nordostgebiete und der Verdrängung ihrer Einwohner her.

Kann diese Lage gemeistert werden?

Knapp 40 Hektar bereinigten Nutzlandes je 100 Einwohner war der deutsche Raumbedarf vor dem zweiten Weltkrieg. Die Ausstattung mit Nahrungsraum in den Versailler Grenzen betrug 33 Hektar; das war zu wenig. Im restlichen Deutschland aber sind es heute 23 Hektar.

Das muß man sich vor Augen halten, um unsere Ernährungsfrage richtig zu sehen; denn der ungedeckte Bedarf beträgt drei Viertel des britischen vor dem zweiten Weltkrieg. Wo sind die Länder, wo die Staaten, die eine Ausweitung des Welthandels mit Nahrungsmitteln um ein volles Viertel gegenüber dem Stande vor dem zweiten Weltkrieg zu leisten vermöchten? Die bereit wären, Millionen Hektar ihres Nahrungsraumes, die Arbeit von Millionen von Arbeitskräften in ihrer Landwirtschaft unserer Ernährung zur Verfügung zu stellen? Die ihre Sozialstuktur darauf abstellten? Und um die nötigen Beträge deutsche industrielle Arbeitsleistung dafür entgegennähmen?

Die Frage ernsthaft stellen heißt, ihre Unlösbarkeit schon im technischen Sinne einsehen; zu schweigen von den politischen Schwierigkeiten, die noch um vieles größer sind. Es gibt für die gestellte Aufgabe keine dauerhafte Lösung. Sie setzt Ueberschüsse in einer Höhe voraus, daß nur landwirtschaftliche Systeme höchster Leistung spürbar helfen können. Die Donauländer zum Beispiel, die vor dem zweiten Weltkrieg unser bevorzugter Ergänzungsraum geworden waren — Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien, Rumänien — vermochten außer ihrer Selbstversorgung doch nur 6 Millionen aus freien Ueberschüssen zusätzlich zu ernähren. Das wäre heute nicht ein Viertel unseres Bedarfs.

Genug: wer ehrlich ist, wird nie zu einem anderen Schluß kommen, als daß der deutsche Nahrungsraum jenseits der Oder-Neisse-Linie schlechthin unentbehrlich bleibt. Das ist nicht nur ein Wunsch deutscher Herzen, nicht nur Erfordernis unseres nackten Lebens, sondern die Forderung praktischer Vernunft für jedermann, der gewillt ist, zur Weltordnung beizutragen. Man wird dabei nicht übersehen, daß die Raumbescheidung der deutschen Landwirtschaft eine Vorleistung darstellt, die Achtung verdient. Man wird auch nicht in Ordnung finden, daß gleichzeitig der polnische Nahrungsraum auf den dreifachen Wert des deutschen (74 Hektar bereinigten Nutzlandes je 100 Einwohner) vergrößert wird. Das wären nachbarliche Verhältnisse, die ihre Unhaltbarkeit in sich tragen.

Für uns selbst aber folgt aus dieser Einsicht eine besondere Aufgabe: es kommt darauf an, das Drittel landwirtschaftlicher Bevölkerung unter den Vertriebenen (nur unter den Sudetendeutschen ist der Anteil wesentlich geringer) ihrer alten und künftigen Aufgabe zu erhalten, solange uns der Nahrungsraum im Nordosten versagt ist. Dazu gehört, daß die Arbeitsfähigen darunter sowie der Nachwuchs in der verbliebenen Landwirtschaft eingesetzt werden. Doch ist entscheidend nicht der Einsatz lediger Arbeitskräfte als Gesinde, sondern ihre Ansetzung als Familien, so wie sie es als Bauern und als Landarbeiter waren. Dazu gehört, gerade in dem bäuerlichen Westen, ein außerordentlich gesteigerter Wohnbau auf dem Lande, der rasch und wohlfeil erfolgen muß; und in Verbindung damit ein ansehnlicher Landbedarf, um den angesetzten Familien ein Mindestmaß an eigentümlicher Nahrung zu sichern. Wenn die landwirtschaftliche Bevölkerung des Ostens wesentlich durch Selbsthilfe des deutschen Landvolks in die Dörfer eingestiftet werden könnte, wäre beiden Teilen unabsehbar genützt, dem Ganzen aber der größte Dienst erwiesen.

Gleicher Start für alle?

Flüchtlingskind und höhere Schule

Von Prof. Dr. Karl V. Müller (vorm. Prag), Institut für europäische Soziologie, Hannover

Die Frage, ob bei der heutigen soziologischen Gestalt der höheren Schule Gleichbegabte jeden Standes gleiche Aussicht ausbildungsmäßiger Förderung haben, ist oft behandelt worden und mußte meist negativ beantwortet werden. Auch heute noch ist nachweislich die weiterführende Schule zwar wohl imstande, durch entsprechend gleichförmig strenge Auslese wenigstens die groben Nieten fernzuhalten; aber sie läßt ungleich starke Anteile Gleichgutbegabter auf der Volksschule zurück, je nachdem, welcher sozialen Schicht diese entstammen. Im niedersächsischen Regierungsbezirk Hannover z. B. waren 1946/47 von den in gleicher Weise als unbedingt oberschulfähig eingestuften zwölf- bis vierzehnjährigen Schülern aus der sozialen Oberschicht nur 13 Prozent, aus der ungelernten Arbeiterschaft dagegen 74 Prozent auf der Volksschule anzutreffen.

Es ist nun recht lehrreich, dieselbe Fragestellung auch auf die Herkunft der Kinder aus einheimischen oder Flüchtlingsfamilien anzuwenden. Dabei zeigt sich, daß die begabten Flüchtlingskinder in ihrer Ausbildungsaussicht recht stark benachteiligt sind. Das kommt in den folgenden Ziffern nur andeutungsweise zum Ausdruck, da sie diesmal die zehn- bis vierzehnjährigen Schüler umfassen, die also z. T. noch im Grundschulalter stehen. Immerhin zeigt sich auch hier deutlich genug die Benachteiligung der Begabten aus Flüchtlingskreisen.

Von allen als unbedingt oberschulfähig bezeichneten Schülern e i n h e i m i s c h e r Eltern wurden 41 % an höheren Schulen angetroffen, von denen der F l ü c h t l i n g e nur 32 %. Bei Ausschaltung der unteren zwei Jahrgänge, die hier technisch noch nicht möglich war, würde ein wesentlich schrofferer Unterschied herauskommen. Erst bei den Mittelschulen ist der Hundertsatz gleich (7 %), während auf den Volksschulen ein entsprechendes Uebergewicht an begabten Flüchtlingskindern zurückbleibt. Noch deutlicher wird der Unterschied bei jenen Schülern, die nur als bedingt oberschulfähig eingestuft werden. Hier beträgt der Anteilsatz an höheren Schülern 15 % (bei den Einheimischen) gegen nur 8 % (bei den Flüchtlingen), d. h. mit anderen Worten, daß die Einheimischen es sich leisten können, an begabungsmäßig nur bedingt oberschulfähigen Kindern fast zweimal soviel in die höheren Schulen zu senden als die Flüchtlinge, die ja nicht einmal ihre Begabtesten in gleichem Maße wie die Einheimischen an den höheren Schulen haben.

Dabei stammen diese Ergebnisse noch aus der Zeit vor der Währungsreform; es ist leider nicht anzunehmen, daß sich das hier erwähnte Mißverhältnis zugunsten der Flüchtlingsbevölkerung gebessert hätte. So ungerecht es wäre, der einheimischen Bevölkerung in diesem Zusammenhange eine „Schuld" beizumessen, so recht und billig erscheint es auf der anderen Seite, bei Behandlung des Flüchtlingsproblems auch diese Seite der Benachteiligung der Flüchtlinge zu berücksichtigen. Die Schulauslese ist heute das wirksamste Sieb der künftigen Sozialauslese; und dabei steht selbst das Kind aus der Bildungsschicht der Flüchtlingsbevölkerung ebenso im Glücksschatten wie das einheimische Arbeiterkind.

Die Rede von Dr. Gille:

Verewigt nicht das Unrecht!

Ein Appell an die Staatsmänner der Welt und ihre Völker, den Grundsätzen des Rechtes, den Geboten der Menschlichkeit und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker Geltung zu verschaffen.

Im Mittelpunkt der Großkundgebung, die im Rahmen der Ostdeutschen Woche in Hamburg am 14. Mai in Planten un Blomen in Anwesenheit von etwa 80 000 Heimatvertriebenen vor sich ging — der weitaus größte Teil waren Ostpreußen —, stand die Rede des stellvertretenden Sprechers der Landsmannschaft Ostpreußen, Dr. Gille. Sie hat den folgenden Wortlaut:

Meine lieben Landsleute!

Wenn es der Sinn dieser Großkundgebung war, den offenen und freimütigen Willen und die Meinung der Heimatvertriebenen zum Ausdruck zu bringen, dann können wir, so meine ich, mit dieser Kundgebung zufrieden sein. Es hat Beifall, es hat auch Widerspruch gegeben. Wer also meinte, daß die Zehntausende hier zusammengekommen waren, um sich hier von der Rednertribüne irgendeine Meinung aufreden zu lassen, der ist wohl eines anderen und besseren belehrt worden. Wem das äußere Bild — diese paar zehntausend Menschen hier — imponieren sollte, dem möchten wir sagen: man gebe uns einen Platz in Deutschland, man gebe uns rollendes Material der Eisenbahn, man gebe uns die Freifahrt für unsere Heimatvertriebenen, und man nehme uns nicht 30 Pfennig in Planten un Blomen ab — dann schaffen wir eine Million! (Stürmischer Beifall.) Wir Heimatvertriebenen lassen uns durch diese paar Zehntausend nicht imponieren. Wir wissen, daß wir hier stehen für zwölf Millionen (stürmischer Beifall), und daß nur die technischen Unvollkommenheiten es uns nicht möglich machen, diese zwölf Millionen ostdeutscher Menschen auf einem Platz zu vereinigen.

Dieser strahlende Maitag und dieser festlich-feierliche Ablauf unserer Kundgebung könnten den Eindruck erwecken, als ob es mit der Not vielleicht doch nicht so schlimm wäre, die uns drückt, als ob die Sorgen doch nicht so schwer auf uns lasten, wie wir es immer wieder der Oeffentlichkeit klarzumachen versuchen. Auch wir selbst könnten vielleicht in solchen Stunden einer Selbsttäuschung unterliegen. Jeder läßt sich ja gern durch den feierlichen Ablauf solcher festlichen Stunden hinaustragen über die Sorgen des Tages. Das wollen wir auch, das brauchen wir. Aber wir werden dabei doch niemals der Selbsttäuschung erliegen, als ob damit schon etwas Entscheidendes für uns getan wäre. Dieser Tag wird vorübergehen, und diese Woche wird vorübergehen; dann wird wieder die Not und dann werden wieder die Sorgen in unseren Reihen uns hart und unerbittlich ins Auge sehen. Nicht zu einer festlichen Stunde sind wir hier zusammengekommen. Das ist nicht der letzte Sinn und nicht die eigentliche Rechtfertigung dieser Veranstaltung. Wir wollen unseren entschlossenen Willen freimütig und offen der politischen Oeffentlichkeit kundtun. Wir wollen nichts verbergen; wir wollen auch nichts ungesagt sein lassen, denn wir sind der Meinung, daß man auch dem gesamtdeutschen Interesse am besten dadurch dient, wenn man die Tatsachen nackt und unverschleiert vor die Oeffentlichkeit hinstellt. Schon die Form, in der die Heimatvertriebenen ihrem politischen Willen Ausdruck geben, schon diese festlich-feierliche Form sollte aufhorchen lassen. Noch sind wir keine entwurzelte und zügellose Masse. Sonst hätten wir uns eine andere Form unserer politischen Willensäußerung gesucht. Noch sind wir die Mahner im öffentlichen Leben des restlichen Deutschland und im öffentlichen Leben der Welt. Als solche Mahner möchten wir auch heute vor die Oeffentlichkeit treten. Wir fühlen uns als Gemeinschaft noch sittlich gebunden und verpflichtet. Wir sind nicht zu verwechseln mit einem Interessentenhaufen, der nur eigensüchtig an sich selbst denkt, sondern wir Heimatvertriebenen denken immer an das ganze Deutschland, auch wenn wir für uns kämpfen! (Stürmischer Beifall.)

Wir sind aufgetreten und haben den Kampf um unser Recht begonnen, weil wir meinen, es nicht zulassen zu dürfen, daß die Gerechtigkeit aus dieser Welt verschwindet. Wenn Sie so den Sinn unserer Kundgebung sehen, dann müssen Sie auch verstehen, daß wir völlig offen und freimütig zu den aktuellsten Dingen Stellung nehmen und auch da nicht schöne Worte machen und irgendetwas verschleiern. Es nützt auch den führenden Politikern nichts, wenn sie sich in irgendwelchen falschen Vorstellungen wiegen, aus denen sie eines Tages grausam und hart erwachen müßten. So bitte ich das zu verstehen, was ich jetzt der politischen Oeffentlichkeit als Ihren einmütigen Willen zum Ausdruck bringen möchte.

Ich bin auch nicht hier auf die Rednertribüne gegangen, um mich in diplomatischen Redewendungen zu üben. Ich will meine Sprache nicht gebrauchen, um meine Gedanken zu verbergen, denn ich fühle mich hier als Sprecher Ihrer Nöte und Ihrer Sorgen; und die Oeffentlichkeit muß wissen, wie Ihnen ums Herz ist. (Lebhafter Beifall.) Wir sind uns auch unserer Verantwortung bewußt, und zwar zutiefst bewußt. Wir wissen, daß das, was wir fordern und verlangen, richtig gesehen, das Interesse des ganzen deutschen Volkes verlangt und verlangen muß. Und so lassen Sie mich zu zwei besonders aktuellen Fragen unseres sozial- und wirtschaftspolitischen Geschehens der letzten Zeit unmißverständlich unsere Meinung sagen.

Das Jahr 1950 soll das Jahr des Lastenausgleichs werden. (Stürmische Heiterkeit und Gelächter.) Ich freue mich immer wieder, daß mir, wenn ich in Versammlungen das Wort „Lastenausgleich" ausspreche, noch ein Lachen entgegentönt. Meine lieben Freunde, das spricht für Ihre seelische Stärke; das soll uns mal einer nachmachen, so viel Unrecht zu dulden und doch noch befreiend lachen zu können! Möge niemals die Stunde kommen, daß uns das Lachen vergeht, denn dann vergeht es der anderen Seite noch viel früher! (Sehr richtig.)

Die Bundesregierung hat in ihrer Regierungserklärung uns einen gerechten Lastenausgleich in feierlicher Form in Aussicht gestellt. Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Neujahrsbotschaft diesen Willen der Bundesregierung noch einmal unterstrichen. Und wenige Wochen, vielleicht sogar nur wenige Tage nach dieser Regierungserklärung hat ein führendes Mitglied des Bundeskabinett zum Thema Lastenausgleich Aeußerungen gemacht, die uns aufs tiefste erschüttert, erbittert und empört haben. Der Herr Bundesfinanzminister Schäffer hat es für richtig gehalten, in dieser zum Zerreißen gespannten Situation Westdeutschlands das häßliche Wort zu sprechen, daß ein Lastenausgleich ohne Bürgerkrieg nicht möglich wäre. Wir Heimatvertriebenen legen Wert auf die Feststellung, daß dieses häßliche Wort nicht aus den Reihen der Heimatvertriebenen, sondern aus den Reihen des satten Besitzes gekommen ist. Der Herr Bundesfinanzminister hat nach dieser Aeußerung noch manche anderen törichten Aeußerungen getan. Es würde den Rahmen der mir gesteckten Zeit überschreiten, wenn ich mich zu lange dabei aufhalten wollte. Aber das eine, vielleicht das letzte, möchte ich doch noch hier sagen:

Die Problematik des Lastenausgleichs ist schwierig. Der Minister hat geglaubt, zur

Ein Schreiben des Herrn Ostermann und eine Richtigstellung

Der Sequester von „Wir Ostpreußen", Herr Walter Ostermann in Hannover, hat an die Bezieher von „Wir Ostpreußen" ein Rundschreiben gerichtet. Da anzunehmen ist, daß nicht alle Bezieher dieses Schreiben erhalten haben, geben wir es im folgenden in seinen wesentlichen Teilen wieder:

An alle Bezieher von „Wir Ostpreußen"

Die außer Ihrer Mitteilung so zahlreich eingegangenen Beschwerden über den heutigen Zustand der Zeitschrift „Wir Ostpreußen" veranlassen mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die Landsmannschaft und ein Herr Frischmuth streiten sich um das Eigentumsrecht der Zeitschrift. Da eine gerichtliche Einigung noch nicht zustande gekommen ist, wurde ich vom Gericht als Treuhänder eingesetzt. Allerdings mit der Einschränkung, daß ich auf den Umfang und Inhalt der Zeitschrift keinen Einfluß habe. Es steht lediglich mein Name als Herausgeber darunter. Ich hätte eine derartige Zeitschrift ihrem Zweck entsprechend, bestimmt anders erscheinen lassen.

Die Landsmannschaft hat kein Interesse mehr an dem Blatt, da von dort eine neue Zeitschrift „Der Ostpreuße" erscheint.

Die mir also gemachten Vorwürfe auf Dürftigkeit des Inhalts und des Umfangs muß ich entschieden zurückweisen. Es ist lediglich Schuld der Schriftleitung in Hamburg, die mit Absicht ein derart kümmerliches Blatt erscheinen läßt.

Es tut mir leid, Ihnen keinen anderen Bescheid geben zu können und zeichne

hochachtungsvoll

gez. Ostermann.

Anmerkung der Schriftleitung: Die neue Zeitschrift der Landsmannschaft Ostpreußen, die seit dem 1. April zwei Mal im Monat zum Bezugspreis von 55 Pfg. mit mindestens 32 Seiten je Nummer erscheint, heißt nicht „Der Ostpreuße", wie Herr Ostermann irrtümlich schreibt, sondern „Das Ostpreußenblatt". „Wir Ostpreußen" ist nicht mehr Organ der Landsmannschaft, sondern einzig und allein „Das Ostpreußenblatt". Sollten durch das oben mitgeteilte Schreiben des Herrn Ostermann weitere Unklarheiten entstanden sein, dann gibt die Geschäftsführung der Landsmannschaft Ostpreußen, (24a) Hamburg 24, Wallstraße 29b Auskunft.

Lösung dieses Problems durch einen neuen Begriff etwas beitragen zu sollen, indem er vom „materiellen Lastenausgleich" gesprochen hat. Darunter verstehen Sie genau so wenig etwas wie irgendein anderer, wenn er nicht die Erläuterungen kennt, die Herr Schäffer diesem Begriff des materiellen Lastenausgleichs gegeben hat. Er stellt sich den materiellen Lastenausgleich folgendermaßen vor: Er sagt, er hätte beobachtet, daß in der westdeutschen Wirtschaft, in Industrie und Gewerbe noch eine ganze Menge von Maschinen herumstehen. Sie seien zwar schon etwas alt und nicht mehr ganz den Ansprüchen genügend, manchmal auch schon leicht mit Rost angesetzt In einem modernen, rationell arbeitenden Betriebe seien sie natürlich nicht zu gebrauchen. Aber für so einen Flüchtlingsbetrieb, der ja doch ganz bescheiden anfangen muß, wären sie noch gut zu verwenden. Die einzige Sorge, die der Herr Finanzminister bei der Erörterung dieses Problems hatte, war nur die, daß er sich Gedanken darüber machte, wie man diese alten, verschrotteten Maschinen den Einheimischen rechnungsmäßig in Anrechnung bringen müsse. Er hat nämlich auch beobachtet, daß sie alle schon bis auf eine D-Mark abgeschrieben sind; aber er sagt, das könne man doch eigentlich nicht verlangen und meint, man müsse ihnen doch mindestens den Einheitswert geben.

Meine Damen und Herren! Wenn man zu den Aeußerungen von Herrn Schäffer über den Lastenausgleich spricht, dann läuft man immer Gefahr, leicht ins Komische und Lächerliche abzugleiten, denn die Dinge sind tatsächlich eigentlich nur noch komisch aufzufassen. Er kann unmöglich von uns erwarten, daß wir sein Geschwätz ernst nehmen. Das sind nicht die Worte eines führenden politischen Mannes, von dem wir erwarten, daß er eines der schwersten Probleme wirkungsvoll anpacken und zur Lösung bringen kann. Wir möchten hier — und da bitte ich die Oeffentlichkeit, genau aufzupassen! — unseren einmütigen Willen gegenüber der Bundesregierung, insonderheit gegenüber dem Herrn Bundeskanzler und der gesamten Regierungskoalition, dahin zum Ausdruck bringen, daß wir kein Verständnis dafür haben, wenn dieser Mann weiterhin solch ein törichtes Zeug schwätzen darf. (Stürmische Protestrufe „Absetzen", „Der Mann muß verschwinden".) Wir erwarten und mahnen mit Ernst, die Bundesregierung möge sofort dafür sorgen, daß diesem Manne der Mund gestopft wird, damit er nicht weiter reden kann. (Zurufe: „Sehr richtig!") Wir sind doch keine Phantasten und keine Illusionisten! Uns hat das Schicksal so hart und schwer geschlagen, daß wir uns keine Wunschträume vormachen. Wir wissen, was möglich ist, und wir wissen, was nicht möglich ist. Wir schreien auch nicht nach Almosen, sondern wir schreien nach Arbeit, nach Schaffensmöglichkeiten, und die muß uns ein gerechter Lastenausgleich geben, und die kann er uns geben. Die Zeiten, wo man den Heimatvertriebenen einen billigen, nicht wirksamen Lastenausgleich hätte bieten können, sind restlos und unwiederbringlich dahin. Wenn man diese menschenfreundliche Absicht gehabt hätte, hätte man das vor zwei Jahren machen können Heute sind wir soweit, daß wir das nicht mehr dulden werden. (Lebhafte Bravorufe.)

Das war das eine, was ich sagen wollte. Man könnte über diese Dinge stundenlang sprechen, meine lieben Landsleute, aber das kann ja nicht der Sinn einer solchen Großkundgebung sein. Wir können ja nur einige Schlaglichter werfen, und wir können unsere Stellungnahme so unmißverständlich formulieren, daß man unsere Grundhaltung versteht und sich danach einrichtet.

Ein Zweites, wozu ich sprechen wollte, betrifft die Soforthilfe, und zwar die Hausrathilfe. Meine lieben Landsleute, auf diesem Gebiete ist etwas geschehen, was niemand für möglich gehalten hätte. Man hat die Soforthilfe und insonderheit die Hausrathilfe verwässert, ja, direkt zum Versickern gebracht dadurch, daß man es politisch für verantwortlich gehalten hat, der einheimischen Landwirtschaft generell die Soforthilfe-Abgabe zu stunden. Es werden Statistiken aufgemacht, die beweisen sollten, daß die einheimische Landwirtschaft sich in einer so schweren Krise befindet, daß ein anderer Ausweg nicht mehr möglich sei. Die Hausrathilfe ist in Verbindung gebracht worden mit der Summe, die die Landwirtschaft für Düngemittel auszugeben pflegt, und man glaubte, Anfang Februar feststellen zu können, daß die Landwirtschaft für über 400 Millionen DM weniger Düngemittel gekauft oder bestellt hat als im Vorjahre. Das ist gerade der Betrag, so meint die Bundesregierung, den die Landwirtschaft in der Vergangenheit an Soforthilfe bezahlt hat. Das nahm man zum Anlaß, um auf Kosten der Aermsten der Armen diese bescheidenen Beträge an Hausrathilfe versickern zu lassen und zum Erliegen zu bringen.

Interessant ist nun, daß dieser Grund gar nicht stimmt. Ich habe, als ich zum ersten Male von dieser Absicht erfuhr, wenige Minuten hinterher einen pommerschen Landwirt gesprochen, der von diesen Dingen etwas versteht, und ich habe ihn gefragt: „Ist die Krise der einheimischen Landwirtschaft wirklich schon so groß, daß sie nicht mehr die Düngemittel kaufen kann und daß deshalb eine Erntekatastrophe für 1950 droht?" Da lachte mir dieser Landwirt ins Gesicht und sagte, die Bauern wären ja schön dumm, wenn sie in diesem Jahre so frühzeitig einkaufen würden. Düngemittel seien keine Mangelware mehr, die kauften die Bauern, wenn sie auf den Acker gestreut werden und nicht mehr wie im Vorjahre auf Vorrat. Und vor wenigen Tagen las ich in der Presse Westdeutschlands in Balkenüberschriften: „Stürmische Hausse auf dem Düngemittelmarkt!"

Meine Damen und Herren! Man wird lange suchen müssen, ehe man eine Entscheidung findet, die nicht nur eine politische Torheit und politisch unvernünftig ist, sondern die nach meiner Auffassung auch dem menschlichen Anstand widerspricht. Es ist unmöglich — selbst wenn man eine bestimmte Notlage zugeben will —, die angebliche Krise eines Berufsstandes allein und ausschließlich auf die Schultern der schon so schwer tragenden Heimatvertriebenen abzuwälzen. Das durfte nie und nimmer geschehen. Wir halten es für richtig, auch zu diesem Punkte der Oeffentlichkeit unsere Auffassung zum Ausdruck zu bringen.

Um die Herausführung unserer Landsleute

Ich möchte nun im Anschluß daran mit wenigen Sätzen auf eine Not und eine Sorge hinweisen, die uns am brennendsten zu sein scheint: das ist die Ausbildungsnot unserer heimatvertriebenen Jugend. Es sind Ansätze vorhanden, aus denen man entnehmen kann, daß in einigen Fällen, vielleicht auch in Tausenden von Fällen, geholfen werden wird. Wenn aber heute bereits bei einem Bevölkerungsanteil von 18 Prozent die Anzahl der studierenden Heimatvertriebenen auf deutschen Hochschulen nicht einmal 3 Prozent erreicht, dann ist Gefahr im Verzuge, und zwar in allerhöchstem Maße! Man kann wohl auf den Lastenausgleich warten — wir warten ja schon fünf Jahre darauf —, aber auf die Ausbildungshilfe für unsere Jugend können wir nicht warten (Zurufe: „Sehr richtig"!); denn die Jahre, die wir hier im Warten zubringen, sind unwiderbringlich verloren für unsere jungen Menschen. Wir verlangen und fordern mit Ernst und Nachdruck, daß alles nur Erdenkliche getan wird, damit die Fähigkeiten und die Begabungen unserer heranwachsenden Jugend nicht verkümmern, sondern daß man sie nutzt, schult, reif und brauchbar macht für die Aufgaben, die uns einmal bevorstehen werden.

Meine lieben Landsleute! Damit möchte ich das Gebiet der sozial- und wirtschaftspolitischen Nöte abschließen. Ich habe nun noch Stellung zu nehmen zu einer Frage, in der wir auch mit der öffentlichen Meinung nicht ganz übereinstimmen, und zwar nicht nur mit der öffentlichen Meinung Deutschlands, sondern auch mit der öffentlichen Meinung des Auslandes. Es handelt sich um die sehr, sehr bittere und schwere Frage: Wir holt man die letzten unserer Landsleute heraus, die noch heute in den deutschen Ostgebieten, die unter polnischer Verwaltung stehen, schmachten und ein Sklavendasein führen? Sie wissen, daß die ersten Transporte vor wenigen Wochen einliefen und daß sich dort in Friedland sehr wenig erfreuliche Dinge abgespielt haben. Es soll vorgekommen sein, daß man diese deutschen Menschen an der Westzonengrenze zurückgewiesen hat; es soll vorgekommen sein, daß man sogar Familien trennte, daß man die Eltern herüberließ und Kinder zurückwies oder umgekehrt. Diese schlimmen Dinge scheinen bereinigt zu sein. Nach den neuesten Mitteilungen wollen die Hohen Kommissare alle die Menschen in die Westzonen hereinlassen, die von deutschen amtlichen Stellen eine Zuzugsgenehmigung erhalten. Damit ist unmißverständlich die Verantwortung auf die deutschen Stellen übergegangen, und wir möchten den dringenden Appell an alle richten, die mit diesen Dingen amtlich etwas zu tun haben: man möge sich davor hüten, neue Unmenschlichkeiten zu begehen. Keinem von den deutschen Menschen, die heute danach streben, aus diesen menschenunwürdigen und unerträglichen Verhältnissen in dem polnischen Verwaltungsgebiet herauszukommen, darf man eine Schranke vorsetzen und irgendwelche Hemmungen entgegenbringen.

Es ist ganz merkwürdig, welch ein Echo und welch einen Widerhall dieses Problem zunächst im Ausland und dann aber auch in der deutschen Oeffentlichkeit gefunden hat. Als die ersten Züge eintrafen und bekannt wurde, daß das der Anfang von Zehntausenden sein sollte, da schrie das Ausland: Wie kann Polen nur weitere Massenausweisungen vornehmen? Meine Damen und Herren! Genau das Gegenteil ist richtig. Diese armen Menschen haben genau wie wir im Jahre 1945 Haus und Hof verloren und sind heimatund rechtlos geworden. Nur wir waren so glücklich, aus den Gebieten herauszukommen, während diese Menschen, nachdem sie ihrer persönlichen Freiheit beraubt wurden, in Arbeitslager gesperrt und dort einem Sklavendasein überantwortet wurden. So liegen die Dinge. Wir denken gar nicht daran, Polen nun etwa Vorwürfe zu machen, daß es weitere Ausweisungen vornimmt, sondern wir rufen, man möge auch die letzten deutschen Menschen, die dort als Arbeitssklaven gehalten und ihrer Freiheiten und ihrer Rechte beraubt werden, herauslassen, und zwar so schnell wie möglich.

Ob das Ausland das alles verstehen wird, das weiß ich nicht. Wir haben ja bei der Rede unseres ostpreußischen Landsmannes, der

aus Schweden kam, auch heute erfahren, daß der Blick, mit dem das Ausland vieles sieht, ganz anders ist als der Blick, mit dem wir Heimatvertriebenen hier selbst die Dinge sehen. Und so könnte ich meinen, daß auch diese Frage der Rückholung der Letzten aus diesen Gebieten vom Ausland auch nicht so schnell begriffen werden wird. Wir meinen aber, daß alle deutschen Stellen das doch wirklich begreifen könnten. Und da liegen zum Teil Aeußerungen großer politischer Parteien vor, aus denen wir die Befürchtung ablesen müssen, daß man es noch nicht begriffen hat. Darum war es notwendig, zu diesen Dingen Stellung zu nehmen, und die Sprecher der Landsmannschaften schlagen Ihnen zu diesem Punkt eine Entschließung vor, in der der Oeffentlichkeit unser Wollen und unsere Meinung in dieser speziellen Frage eindeutig und unmißverständlich kundgetan wird. Ich möchte Ihnen den Wortlaut dieser Entschließung jetzt verlesen:

„Wir heute zu Zehntausenden in Hamburg versammelten heimatvertriebenen Deutschen lenken die Aufmerksamkeit der Welt auf die unglückliche Lage unserer von Polen jenseits der Oder-Neiße-Linie und in Polen selbst festgehaltenen Landsleute. Sie wurden bereits vor fünf Jahren von ihren Wohnstätten vertrieben und aller Habe beraubt wie wir selbst. Man hat ihnen die staatsbürgerlichen Rechte und die Bewegungsfreiheit genommen. Zehntausende von Männern, Frauen und Kindern wurden ohne jeden Rechtsgrund, nur weil sie Deutsche sind, in Internierungs- und Arbeitslagern unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten und zu harter Sklavenarbeit eingesetzt. Viele haben auf diese Weise den Tod gefunden. Wir appellieren an Polen und an alle Völker, dieser Verletzung der Menschenrechte ein Ende zu bereiten und unsere überlebenden Landsleute endlich freizulassen. Von der deutschen Bundesregierung und den Besatzungsmächten fordern wir die vorbehaltlose Aufnahme dieser gequälten Menschen in Deutschland.'

Und nun, liebe Landsleute, lassen Sie mich auch noch einige Worte zu dem höchst aktuellen Thema sagen, das heute schon mehrfach angesprochen wurde; lassen Sie mich etwas sagen zu dem Bericht, den die Senatskommission der USA nach einer Studienfahrt durch Deutschland über das Heimatvertriebenen-Problem erstattet hat. Ich fühle mich auch, wenn ich dieses Thema anschneide, als ein Sprecher Ihrer Meinung, Ihres Fühlens und Ihres Wollens. Ich fühle mich nicht verpflichtet, bei der Formulierung unserer Wünsche darauf Rücksicht zu nehmen, wie eine amtliche deutsche Außenpolitik oder eine amtliche Vertretung unserer Interessen die Dinge sehen muß und sehen will. Es kann niemandem schaden, wenn die amtlichen Stellen genau darüber orientiert sind, wie die Millionenmasse der Heimatvertriebenen dazu steht; denn wenn sie darüber sich nicht im klaren sind, dann laufen sie Gefahr, Entscheidungen zu fällen, die der harten Wirklichkeit nicht standhalten und eines Tages in neue, chaotische Verhältnisse führen müssen.

Der Bericht dieser Kommission liegt leider im Augenblick im genauen Wortlaut der Uebersetzung uns noch nicht vor. Wir sind deshalb genötigt, auf die Presseäußerungen zurückzugreifen, die über diesen Bericht in den letzten Tagen der Oeffentlichkeit bekanntgeworden sind. In diesem Bericht steht viel Gutes und Brauchbares drin. Wir können es wirklich begrüßen, daß die amerikanische Nation zu den Fragen der Lösung des Heimatvertriebenen-Problems heute eine ganz andere Stellung einnimmt, als etwa noch vor einem Jahre. Man ist offenbar ernstlich gewillt, dem restlichen Deutschland, das dieses Problem aus eigener Kraft nicht zu lösen vermag, wirkungsvoll bei der Lösung zu helfen. Das wollen wir mit Dank anerkennen. Wir haben aber schon sehr, sehr ernste Bedenken zum Ausdruck zu bringen, wenn in diesem Bericht gesagt ist, daß man Vorkehrungen für die Auswanderung einer Million Heimatvertriebener schaffen will. So geht es nicht. Ich habe mich gefreut — und so ist es wohl allen gegangen, die die gestrige Eröffnungsfeierlichkeit miterlebten —, daß Herr Bürgermeister Brauer als Sprecher der Stadt Hamburg, als eine markante Persönlichkeit unseres politischen Lebens auch zu der Frage dieser Auswanderung Stellung nahm, und zwar so Stellung nahm, daß wir Heimatvertriebenen ihm nur aus vollem Herzen danken und zustimmen können. Denn er sagte gestern, man solle doch nicht versuchen, das amputierte, weggenommene deutsche Land mit solchen Lösungsmöglichkeiten zu bezahlen und auszugleichen. Das ist richtig; das ist auch unsere Auffassung. Die Auswanderung ist kein geeignetes Mittel, um die Lösung des Heimatvertriebenen-Problems voranzubringen. Wir werden den genauen Wortlaut abwarten, wie sich die Dinge weiter entwickeln. Daß ein Zwang zur Auswanderung nie und nimmer in Frage kommt, das wird die andere Seite wohl auch wissen. Ich glaube nicht, daß es nötig ist, in dieser Beziehung etwas zu sagen. Daß man nicht nur arbeitsfähige Menschen nehmen will, sondern auch eine angemessene Menge Arbeitsunfähiger usw., auch darüber wird eine Verständigung möglich sein. Wir aber, die wir heute hier als Angehörige der nordostdeutschen Landsmannschaften auf diesem Platz stehen, sind der Meinung, daß diese Frage der Auswanderung für uns Ostpreußen, Westpreußen, Pommern unmöglich eine Lösung sein kann. Ich glaube nicht, daß viele freiwillig bereit sein werden, sich in anderen Erdteilen eine neue Heimat zu suchen. Das muß die Weltöffentlichkeit wissen, damit sie keine falschen Schlüsse zieht und eines Tages Ueberraschungen erlebt. Das war aber nicht das Schlimmste, was in dem Bericht stand. Wir haben einen Satz gelesen — ich beziehe mich auf die Veröffentlichungen in der Presse — (Staatssekretär von Bismarck deutete die Dinge schon an) einen Satz, der in dem Bericht stehen soll und in dem gesagt wird, die Rückkehr in unsere alte Heimat sei ja niemals möglich und läge außerhalb jeder praktischen Verwirklichung. Meine Damen und Herren! Es dauert lange, bis das Eis gebrochen wird in der Welt! Es dauert aber eigentlich schon zu lange. Vielleicht kann eine solche Willenskundgebung wie die heutige mit dazu beitragen, daß man die Dinge richtig und real zu sehen beginnt. Man sollte doch eigentlich in einer Welt, die an die Schaffung einer neuen sittlichen Ordnung herangeht, dankbar begrüßen, daß Millionen Menschen, denen man Unrecht getan und die man in Not und Elend geworfen hat, heute noch die sittliche Kraft aufbringen, die sich in einem unzerbrechlichen Glauben und in einer unzerbrechlichen Treue zur Heimat ausdrückt. Das sind doch Kräfte, mit denen man eine neue Ordnung aufbauen kann. Man nutze doch diese Bausteine. Es ist doch auf die Dauer unmöglich, eine sittliche Weltordnung aufzurichten, wenn man einer Millionenmasse von Menschen das primitivste Menschenrecht versagen wollte. Das ist auch der Sinn solcher Kundgebungen, daß die Oeffentlichkeit erfährt und daß man es ihr immer wieder einhämmert, wie die Heimatvertriebenen darüber denken. Die sittliche Kraft einer solchen Idee ist nicht totzukriegen, es sei denn, man schlägt die Menschen tot, die sie tragen.

Wir haben geglaubt, auch zu dieser Frage, der Kernfrage unseres ganzen Wollens, auch unseres politischen Wollens, Ihnen heute eine Entschließung zur Zustimmung vorlegen zu müssen. Ich werde auch diese Entschließung jetzt verlesen:

„Die in Hamburg zu Tausenden aus ihrer Heimat vertriebenen Angehörigen der ostdeutschen Landsmannschaften haben sich zu einem Treuebekenntnis zu ihrer Heimat zusammengefunden. Sie bekennen zugleich im Namen ihrer dreizehn Millionen Schicksalsgenossen, daß keine Vertreibung ihnen das Recht auf die Heimat rauben kann. Sie erklären, daß sie niemals auf dieses Recht auf die angestammte Heimat verzichten werden. Sie appellieren an die Staatsmänner in Ost und West und an die Organisationen aller Menschen, die guten Willens sind, den Grundsätzen des Rechtes, den Geboten der Menschlichkeit und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker Geltung zu verschaffen. Sie sind der Überzeugung, daß für die Verwirklichung dieser Rechte eine friedliche Lösung gefunden werden muß und gefunden werden kann. Aus Not und Verzweiflung heraus rufen sie die Staatsmänner der Welt und ihrer Völker auf, das durch den Krieg verursachte Unglück und Unrecht nicht zu verewigen, sondern gemeinsam mit uns wieder gutzumachen.' (Stürmische Zustimmung.)

Meine lieben Landsleute! Diese beiden Entschließungen haben Ihre Zustimmung gefunden und werden als Ihr einmütiges, äußeres Wollen in die Oeffentlichkeit gehen. Ich glaube, es kann uns niemand mehr mißverstehen, der mit offenem Ohr und mit aufgeschlossenem Herzen diese Kundgebung erlebt hat. Wir lassen uns die Treue zu unserer Heimat niemals aus dem Herzen reißen! (Lebhafter Beifall.) Wir würden es begrüßen, wenn auch die Bundesregierung und der Bundestag sich hinter dieses Treuebekenntnis zu unserer Heimat stellen und dieser Zustimmung einen sichtbaren Ausdruck geben wollten. Das wäre nach unserer Meinung dadurch möglich, daß man sich entschlösse, im Bundestag neben den Wappen der elf Länder der Bundesrepublik die Wappen unserer geraubten Ostprovinzen aufzuhängen. (Stürmische Zustimmung.) Wir geben dies als Bitte und Herzenswunsch im Namen der Millionen Heimatvertriebener dem Kanzler der deutschen Bundesregierung weiter und hoffen und wünschen, daß in Kürze diesem Wunsch entsprechend gehandelt werden wird. Wenn wir in unsere Heimat zurück wollen, dann wollen wir in eine Heimat zurück, in der wir als freie Menschen arbeiten und schaffen können. Unser Ruf kann deshalb niemals nur lauten: „Gebt uns unsere Heimat wieder!", sondern muß auch ausklingen: „Gebt uns unsere Heimat wieder und macht uns frei!" **(Lang anhaltender, stürmischer Beifall.)**

Die Bedeutung der Landsmannschaften

Mit einem Festakt im Deutschen Schauspielhaus wurde am 13. Mai die Ostdeutsche Heimatwoche in Hamburg eröffnet, mit einer Feier, bei der die Ansprachen, die musikalischen Darbietungen und die Rezitationen so aufeinander abgestimmt waren, daß alles nicht nur zu einer würdevollen, sondern auch lebendigen und packenden Einheit verschmolz. Der zweite Satz aus der „Unvollendeten" von Franz Schubert zu Beginn und das Vorspiel zu den „Meistersingern von Nürnberg" am Schluß — es spielte das Hamburger Sinfonieorchester unter Leitung von Musikdirektor Alfred Hering — umrahmten wie die beiden herrlichen Bogen eines großen Tores manchen trefflichen Gedanken und manche bedeutungsvolle Feststellung, welche die Reden des Sprechers der Landsmannschaften, Axel de Vries, des Schirmherrn der Ostdeutschen Heimatwoche, Bürgermeister Max Brauer, und die Festansprache des Oberkonsistorialrats Gülzow brachten. Dichterworte, von Eberhard Gieseler gesprochen, vor allem aber von dem Lauenburger Jugendsprechchor unter Leitung von Frau von Brederlow, kündeten eindringlich von unserem Schicksal, unserer Sehnsucht und unserer Verpflichtung. Es wird nur wenige gegeben haben in dem weiten Rund des Theaters, die nicht tief ergriffen wurden, als der Chor jene prophetischen Worte sprach, die Agnes Miegel lange vor dem letzten großen Krieg in ihrer Ballade „Die Fähre" gedichtet hat . . .

A x e l d e V r i e s, der Sprecher der Baltendeutschen, eröffnete im Namen aller Landsmannschaften die Heimatwoche mit der folgenden Ansprache:

Meine Damen und Herren!

Im Namen und Auftrage der vereinigten ostdeutschen Landsmannschaften habe ich die Ehre und Freude, Sie willkommen zu heißen. Insbesondere begrüße ich Herrn Bürgermeister Brauer, den Vertreter der alten und stolzen Hansestadt Hamburg, welcher freundlicherweise die Schirmherrschaft über die Ostdeutsche Heimatwoche übernommen hat. Wir sind dankbar dafür, daß wir die Ostdeutsche Heimatwoche in Hamburg veranstalten können, dieser einzigen Weltstadt, die uns verblieben ist und die uns in ihrer Weite an Maße und Begriffe erinnert, die bei uns im Osten üblich waren. Wer jetzt Hamburg kennenlernt, der ist tief beeindruckt von der harten Arbeit und dem festen Willen, der beim Wiederaufbau Hamburgs zutage getreten ist.

Die ostdeutschen Landsmannschaften sind aus kleinen Anfängen erwachsen. Ich entsinne mich sehr wohl an die erste Besprechung ihrer Vertreter in einem kleinen niedersächsischen Bad vor nun bald zwei Jahren. Damals waren u. a. Staatssekretär Dr. Schreiber anwesend, der leider heute nicht unter uns weilt, und Staatssekretär von Bismarck.

Die ostdeutschen Landsmannschaften, die neben dem Zentralverband der vertriebenen Deutschen eine der tragenden Säulen der Vertriebenenbewegung sind, sind nicht am grünen Tisch erdacht worden, sie sind entstanden und gewachsen wie eine Pflanze, wie ein Baum, nach einem eigenen Gesetz, sie sind dem Schoß der Mütter entsproßen, aus der Urkraft des Landes, das unendlich viel stärker ist, als jeder bewußte menschliche Organisationswille.

Wer in der Heimat geweilt hat, nachdem der Großteil der Landsleute das angestammte Land der Väter verlassen mußte, der hat erlebt, daß die Heimat in einem Land und in den Menschen eines Landes verkörpert ist. Darum sind die ostdeutschen Landsmannschaften Repräsentanten von Stämmen und Volksgruppen und Ländern zugleich.

In den ostdeutschen Landsmannschaften ist man sich dessen bewußt, daß sie nicht Selbstzweck sein dürfen, sondern nur Teil eines großen, umfassenden Ganzen, des deutschen Ostens, des deutschen Volkes und eines hoffentlich geeinten Europas. In ihnen ist der Gedanke des Dienstes wach und lebendig, dem die Großen unserer Nation nachgelebt haben, auch der Staatsmann, der der Schöpfer des Deutschen Reiches war und dessen mächtiges Denkmal eines der Wahrzeichen Hamburgs ist.

Darum soll auch die Ostdeutsche Heimatwoche nicht Selbstzweck sein, sondern Künder des deutschen Ostens und Mittler zum Norden und Westen unseres Vaterlandes. In diesem Sinne eröffne ich die Ostdeutsche Heimatwoche und wünsche ihr einen vollen Erfolg.



Unter dem Zeichen Foto: Conti-Press

der Landsmannschaft Ostpreußen, der Elchschaufel, hörten 80 000 Menschen auf der Großkundgebung in Hamburg die Ansprachen.

Anträge auf Ueberführung von Angehörigen aus den polnisch besetzten Gebieten Ostpreußens

Auf wiederholte Anfragen, wohin Anträge auf Ueberführung von Angehörigen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße zu richten sind, teilt der „Pressedienst der Heimatvertriebenen" folgendes mit:

Der Antragsteller selbst muß — soweit es bisher noch nicht geschehen ist — beim Deutschen Roten Kreuz in Hamburg, Harvestehuderweg 26, um die Registrierung seiner Angehörigen nachsuchen.

Seine Angehörigen müssen beim Military Permit Officer in Warschau Piusa XI/3, ihre Ueberführung nach Deutschland anmelden und dort gleichzeitig die Reise zu ihm beantragen.

Es ist nicht erforderlich, daß der Antragsteller selbst sich um die Zuzugsgenehmigung seiner Angehörigen bemüht. Wenn er jedoch im Besitz einer Zuzugsgenehmigung ist, muß er diese seinem Schreiben beifügen.

Die Festansprache bei der Ostdeutschen Heimatwoche.

Unsere reiche ostdeutsche Kultur

Ihre Elemente waren christlicher Glaube, christliches Ethos und deutscher, schöpferischer Geist und Fleiß

Bei der Eröffnung der Ostdeutschen Heimatwoche in Hamburg hielt Oberkonsistorialrat Gülzow, früher Danzig, jetzt Lübeck, die folgende Festansprache:

Als Johann Gottlieb Fichte seine berühmten Reden an die deutsche Nation in der Berliner Universität hielt, hat er den Satz geprägt: „Der Kampf der Waffen ist beschlossen. Es erhebt sich, so wir wollen, der Kampf der Grundsätze, der Sitten, des Charakters. Wer in diesem Kampfe Sieger bleibt, der ist der wahre Sieger." Dieses richtungweisende Wort stellen wir an den Anfang unserer ostdeutschen Heimatwoche in den Mauern der Hansestadt Hamburg, mit der wir als die große Gemeinschaft der Vertriebenen und Flüchtlinge ein unübersehbares Zeichen aufrichten und ein Bekenntnis ablegen möchten zu dem großen Kulturerbe unserer Väter, unter dessen Segen und Kraft wir im deutschen Osten geboren sind und gelebt haben. Damit möchten wir anzeigen, daß es uns in diesem Raum und Rahmen nicht um eine politische Aktion geht; wir möchten uns vielmehr in aller Oeffentlichkeit zum Wort melden, um darzutun, welchen Beitrag wir Vertriebenen für den Neubau unseres Volkes und der europäischen Völkergemeinschaft im Zeichen eines echten Friedens beizusteuern fähig und willens sind.

Die Zeitverhältnisse, unter denen wir Heutigen uns der ungeheuerlichen Aufgabe der Neugestaltung unseres Zusammenlebens stellen, wollen uns allerdings ungleich notvoller und verflochtener erscheinen als jene, in denen ein Fichte zur sittlichen Erneuerung des Volkes aufrief. Das Ineinander von Schicksal und Schuld, von äußerer Katastrophe und geistig-seelischem Zusammenbruch hat eine bis dahin unvorstellbare chaotische Entwurzelung heraufbeschworen. Es will scheinen, daß der dämonische Auflösungsprozeß des Abendlandes mit den Ruinen unserer Kultur und den Trümmern der sittlichen Ordnungen seinen unüberbietbaren Höhepunkt erreicht hat.

Darum ist es eine bange und ernste Frage, woher wir den Geist und die Maße nehmen wollen, um ein Neues anzufangen. Denn es muß ein Neues begonnen werden, weil jedes Verharren in der Resignation unser Selbstmord wäre. Wir Vertriebenen, denen die Liebe zu dem, was einstens unser Leben reich machte, tief innewohnt, wissen zu genau und ermahnen einander zu dieser Erkenntnis, daß nichts damit geholfen ist, daß wir unsere Wunden lecken und den schönen Tagen der Vergangenheit nachtrauern und nachträumen. Nein, wir fühlen uns durch die vielfältigen Prüfungen, denen wir in diesen Jahren unterworfen waren, frei geworden von falschen Rücksichten und Sicherungen, die uns nur zu verfehltem Ansatz verleiten könnten.

Wo wollen wir Hilfe suchen? Die Philosophie unserer Tage vermag scheinbar wenig mehr, als daß sie den desolaten Zustand der menschlichen Einsamkeit und Verzweiflung umschreibt und sie heroisch zu bestehen fordert. Die Technik entwickelt sich rasant nach den Gesetzen der Logik, und es ist doch offen am Tage, daß an ihrem Ende die Massenvernichtung und der Selbstmord der Menschheit stehen werden, wenn es nicht gelingt, sie aus ihrer Autonomie zu lösen und sie in die Rolle des Dienens zu nötigen, um einem echten Ziel in der Ordnung der Schöpfung zuzustreben. Es fehlt unserer Zeit überdies an großen und konstruktiven Gedanken für die Ordnung der Zukunft, denen beizupflichten allen Freude und Bedürfnis wäre. Und vollends ermangelt es uns in der Gegenwart der großen Persönlichkeiten von geschichtegestaltender Mächtigkeit, die kraft ihres Geistes und ihres Charakters echte Wegweiser zu sein vermöchten.

Eben darum suchen wir unsere Orientierung für den Weg in das Morgen durch die Rückerinnerung an das verpflichtende Vermächtnis unserer reichen ostdeutschen Kultur, das darzustellen diese Heimatwoche unternimmt. Es geht uns nicht etwa darum, daß wir prahlerisch und selbstgefällig darauf verweisen möchten, daß es auch jenseits der Elbe bezw. Oder so etwas wie eine deutsche Kulturtradition gegeben hat. Und ebenso weit sind wir von dem Glauben entfernt, daß uns für die Zukunft mit noch so wohlgemeinten und gut gelungenen Kopien vergangener Epochen geholfen wäre.

Wohl aber fühlen wir uns gedrungen und in Dankbarkeit und Ehrfurcht vor den schöpferischen Leistungen unserer Altvordern schuldig zu bekennen, daß die in einer fast tausendjährigen Geschichte geprägte Kultur unserer ostdeutschen Heimat nicht nur ebenbürtig neben den Leistungen aus dem westlichen Raum steht, sondern daß der deutsche Osten dank seinen besonderen Gegebenheiten — wie der Weite der Landschaft und der immer neuen Erfahrung der Grenzsituation — einen spezifischen Beitrag zur gesamtdeutschen und europäischen Kultur beigesteuert hat. Nirgends ist so deutlich, daß die Elemente unserer Kultur christ-

Friedland bittet um Hilfe

Die kirchlichen Verbände im Durchgangslager Friedland an der Zonengrenze richten einen Aufruf an die Einheimischen und Heimatvertriebenen, der folgenden Wortlaut hat:

Helft unseren Landsleuten aus dem Elend!

Jeder hat heute mit sich zu tun.

Jeder versucht, sich eine neue Existenz aufzubauen, sich Kleidung, Möbel, ein Radio, vielleicht gar ein Haus zu erwerben. Wir sagen: Fünf Jahre nach Beendigung des Krieges, fünf Jahre nach der Vertreibung aus der Heimat muß man doch endlich wieder zu etwas kommen! Damit hätten wir recht, das hätte uneingeschränkte Geltung, wenn, ja wenn nicht gerade jetzt unsere Heimatgenossen aus dem polnisch besetzten Osten zu uns kämen! Wir erwarten Hunderttausende! Sie mußten damals zurückbleiben und den Sturm über sich ergehen lassen. Sie mußten ausharren in völlig rechtloser Lage und hatten Alles zu entbehren und Furchtbares zu erleiden: aus ihren Wohnungen vertrieben, immer wieder ihres Besitzes beraubt, zu schwerster Arbeit gezwungen (ohne Rücksicht auf Kräfte, auf Alter, Jugend oder Gesundheit), vielfach in Lager gepfercht, mußten sie schwer fronen. — „Die Heimat wurde uns zum Verbannungsgebiet", so bricht es aus dem Herzen eines alten Mannes. —

Hier eingetroffen, sind sie meist völlig mittellos. Wenn sie zuweilen noch etwas Hausrat gerettet haben, so bedürfen sie unserer Hilfe mit Kleidung, Schuhwerk, Nähzeug, mit Nahrungsmitteln zur Kräftigung, mit Gebrauchsgegenständen, wie Küchengerät, Rasierzeug, Schreibzeug, Toilettenartikeln, Tabakwaren, Spielzeug, Schrifttum (Bücher!) und G e l d, denn sie haben keinen Pfennig westdeutscher Währung bei sich. Sie brauchen in jeder Hinsicht Rat und Hilfe, die wir ihnen durch unsere rund zwanzig Mitarbeiter zu gewähren suchen.

Selbstverständlich muß das alles ihnen in den neuen Wohnorten von Staat und Kirche, von Gemeinde und Nachbarn, von Heimatgenossen und Verwandten gewährt werden, aber vor allem sollen sie schon h i e r eine erste Hilfe erfahren, wo alle Transporte eintreffen und verteilt werden. Das ist unser großes Anliegen in Friedland. Wie entscheidend ist der erste Eindruck! Wieviel kommt es auf einen mutigen und zuversichtlichen Beginn an!

Dazu erbitten wir die Unterstützung der gesamten Bevölkerung des deutschen Westens. Wir wenden uns besonders an Euch, ostdeutsche Heimatgenossen, da es die Euren sind, die wir hier empfangen, und weil wir annehmen, daß Ihr unser Anliegen am besten versteht. Seid dankbar für Bewahrung vor dem Ärgsten! Mancher wird doch schon etwas entbehren können und vielleicht gar die Möglichkeit haben, seinen Arbeitgeber oder einen benachbarten Betrieb um eine Gabe für die Bedürftigen zu bitten. Wir bitten besonders die Geistlichen um Sammlung von Sach- und Geldspenden! Dabei handelt es sich natürlich auch stets um die Heimkehrer aus Kriegsgefangenschaft und Rußland-Verschleppung, von denen beim letzten Transport allein 72 ohne Anschriften von Angehörigen waren (d. i. 14 Prozent). Mindestens 150 000 verschleppte Frauen müssen noch in Rußland sein! Immer wieder treffen verwaiste Kinder in Friedland ein.

Helft uns Dankbarkeit und Freude stiften: Ein Rücksiedler aus Danzig, der bis jetzt im Gefängnis in Stuhm in Westpreußen gewesen ist, rief aus: „Mein Gott, was machen sie bloß alles mit uns hier, wir sind ja ganz sprachlos. Kakao haben wir bekommen und belegte Stullen, und jetzt auch noch Beinkleider. Das ist ja wie im Paradies! Und alle sind so freundlich und nett zu uns. Man ist wie in eine andere Welt gekommen."

Sendet Eure Spenden über Euer Pfarramt oder direkt an die Euch nahestehende Dienststelle in Friedland bei Göttingen.

C a r i t a s
kath. Lagerpfarrer Dr. Krahe.
Postscheckkonto: Hannover 118196
(kath. Lagerpfarrer Dr. Jos. Krahe)
Kreissparkasse Göttingen Konto Nr. 8240

E v a n g. H i l f s w e r k
Evang. Lagerpfarrer Lippert.
Postscheckkonto: Hannover 119710
(Evang. Lagerpfarramt)
Kreissparkasse Göttingen Konto Nr. 8211

licher Glaube, christliches Ethos und deutscher, schöpferischer Geist und Fleiß gewesen sind. In festem Bündnis und gegenseitiger Befruchtung haben sie jenen lebendigen Strom der Kultur gezeugt, der uns am Weg der Jahrhunderte eine Fülle herrlichster Zeugnisse hinterlassen hat. Auch haben wir im Ostraum erkannt, daß in dem Maße, in dem eine der beiden Komponenten versagte und erlahmte, jene Schwankungen und Verkümmerungen Raum griffen, die wie überall in der großen Welt an die Stelle der Kultur in wachsendem Maße die Zivilisation treten ließen. Kein Geringerer als August Winnig, dessen Name nicht nur im Zusammenhang mit Ostpreußen und dem Baltikum unvergessen sein wird, hat in einer sorgfältigen Analyse der großen ostdeutschen Baukultur nachgewiesen, was die Begegnung echten christlichen Geistes mit deutscher Besinnlichkeit und Tatkraft zu leisten vermochte.

Die großen Lehrmeister . . .

Es ist der große Vorteil unserer Heimat mit ihren geschichtlichen und landschaftlichen Bedingungen gewesen, daß sie der satten Sicherheit weniger Raum zu geben vermochte als das in anderen Gebieten der Fall sein konnte. Da fühlte der Mensch sich selbst und die Welt täglich neu in Frage gestellt. Davon hat der größte Sohn Westpreußens Nikolaus Kopernikus, der, in Thorn geboren, als Domherr von Frauenburg starb, gewußt, wenn er sein neues epochemachendes Sonnen- und Weltsystem erarbeitete. Hier im Osten wuchs das Wissen um die Unendlichkeit und das Universum in einer besonderen Weise. Der aus Schlesien kommende Theologe Schleiermacher hat uns das Gefühl der Abhängigkeit von dem Unendlichen gelehrt. Der Königsberger Immanuel Kant verwies die Menschheit auf den gestirnten Himmel über uns und das Sittengesetz in uns, um uns zu verantwortlichem Handeln aufzurufen. Und Kaspar Dav. Friedrich hat uns die Landschaft und über ihr den Himmel so transparent, so fromm und tröstlich aus einmaliger Begnadung gemalt. Herder hieß uns der Sprache und den Stimmen der Völker lauschen, und Leibnitz forderte uns auf, dem Ordnungsgefüge der Welt nachzuspüren. Hamann, der Magnus des Nordens, mit seiner inneren Unabhängigkeit und dem weltoffenen Blick, hat die Ueberwindung der Aufklärung eingeleitet in der Erkenntnis, daß die Welt nicht mit dem Verstand allein zu begreifen sei. Hierher gehören nicht weniger Schopenhauer und Nietzsche mit ihrem leidenschaftlichen, bohrenden Fragen und der Schärfe ihres Urteils über alle Verspießerung.

. . . und die Dichter

Das sind nur einige der großen Lehrmeister, die uns der deutsche Osten geschenkt hat! Zu ihnen gesellen sich die Stillen im Lande: der Schuhmacher Jakob Böhme mit seiner tiefen Innerlichkeit und Versenkung in das Unendliche und der cherubinische Wandersmann aus Schlesien, Angelus Silesius, mit seinem Anliegen: Mensch werde wesentlich! Eine solche Haltung sollten wir dem nerven- und kräftezersetzenden Getriebe unseres notvollen Alltags entgegensetzen; denn das dünkt uns eine der vordringlichsten Aufgaben, daß das Bild des Menschen, das so oft in diesen Zeitläuften entstellt und geschändet worden ist, wieder zu seinem gottgewollten Adel und zu seiner Würde gelange; daß das Wort von der inneren Freiheit und dem Recht des Menschseins aus seinem formelhaften Dasein wieder zur respektierten Wirklichkeit und zur Wahrheit erlöst wird. Dazu will uns auch der Chor der Dichter helfen, die die ostdeutsche Erde getragen hat — angefangen bei Martin Opitz, dem einst der deutsche Kaiser den Lorbeer des Dichterfürsten aufs Haupt gesetzt, über J. Ch. Gottsched zu dem Haupt des Königsberger Dichterbundes, Simon Dach, und dem frommen Valerius Herberger und bis in unsere Tage. Wir erinnern an Gerhart Hauptmann mit seiner souveränen Manier, Werner Bergengrün mit seiner eindringlichen Gestaltungskraft, Agnes Miegel mit ihrer Wortmächtigkeit und ostdeutschen Innigkeit, an Sudermann, Halbe, Finckenstein, Fechter, Kramp usw.

Der Anruf der Dichter wird begleitet von den ostdeutschen Meistern der Musik, von Schütz und Schumann, Mozart, Bruckner und Wagner, um nur einige zu nennen.

Unübersehbar und eindringlicher noch ist der Reichtum der Kulturbauten, der Ordensburgen und Ordenskirchen, der Dome, Bürgerhäuser und Schlösser. Keine Kulturgeschichte kann sie aus dem Auge lassen, die besondere Zeugnisse des kühnen Wagemutes, des zähen Bauwillens, der Verhaltenheit und Demut vor Gott sind. Mit den mittelalterlichen und neuzeitlichen Schnitzwerken, Malereien und kulturschönen Möbeln der unterschiedlichen Stilepochen rundet sich das Gesamtbild unserer ostdeutschen Kultur. Auf allen ihren Gebieten ist zu spüren und abzulesen, wie sie nicht im Windschatten der Geschichte, sondern in immer neuen Erschütterungen, Niedergängen und Neuanfängen gewachsen, geläutert und geprägt worden ist.

Dieser Geist soll Pate stehen . . .

Über den Raum unserer Heimat sind die Kriege und zuletzt die große Katastrophe gekommen. Die alten Zeugen unserer Kultur haben auf unsäglich viel Leid und Unrecht, Blut und Tod niedergesehen. Vielfach sind sie selbst der Vernichtung anheimgefallen. Bei einer solchen Überschau können uns leicht Trauer und Bitterkeit anfallen. Vielleicht ist es unsere spontane Reaktion, daß wir zu restaurieren versuchen, was noch gehalten werden kann. Wir müssen aber die Nüchternheit der Erkenntnis haben, daß die uns gestellte Aufgabe nicht eine Rstaurierung, sondern schlechthin ein Neubau ist. Der Geist, der uns aus der ostdeutschen Kultur entgegenweht, soll Pate stehen bei unserem Handeln für die Zukunft. Wir haben die große Verpflichtung, das hohe Erbe der von den Vätern übernommenen Kultur des deutschen Ostens wach zu halten, damit wir in unserem eigenen Volk und in der Gemeinschaft der Völker uns in den für heute und morgen gestellten Aufgaben unserer Altvordern würdig erweisen.

Kurze Meldungen

Hamburg. Die Hamburger Bürgerschaft nahm ein Flüchtlingsgesetz an, durch das die Gleichstellung der Heimatvertriebenen und politischen Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone mit den Einheimischen gewährleistet werden soll.

Koblenz. Der Regierungsbezirk Koblenz wird im Laufe dieses Jahres 26500 Vertriebene aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein aufnehmen. In Abständen von zehn Tagen treffen in den festgelegten Orten Transporte mit 100—150 Personen ein. Dank bester Vorbereitungen geht die Aufnahme überall glatt von statten.

Herausgeber: Walter Ostermann, Hannover, Am Taubenfelde 1, Tel. 26 138, als Sequester.
Sendungen für die Schriftleitung: (24a) Hamburg-Bahrenfeld, Postfach 20.
„Wir Ostpreußen" erscheint zweimal im Monat. Bezugspreis: 55 Pfg. und 6 Pfg. Zustellgebühr. Einzelverkaufspreis 35 Pfg. Postscheckkonto Hamburg 83—011 C. E. Gutzeit.
Anzeigenverwaltung und -annahme und Druck: Rautenberg & Möckel, (23) Leer (Ostfriesland), Norderstr. 29/31.
Z. Zt. Anzeigenpreisliste 4 gültig.



